

IM KLARTEXT

INFORMATIONEN ZUR SOZIALEN MARKTWIRTSCHAFT

Die Ludwig-Erhard-Stiftung ist bei aller Entschiedenheit ihres Engagements für Freiheit und Verantwortung in Staat, Gesellschaft und Wirtschaft von Parteien und Verbänden unabhängig.
Sie ist als gemeinnützige Vereinigung voll anerkannt.

Januar 2013



Schnell getan ist gut? Da sei man auf der Hut!

Warum so hektisch? Warum so hektisch? Auch und gerade eine „Energiewende“ verdient eine großzügig bemessene Portion Nachdenklichkeit. Der Rolle und dem Bild von „Kohls Mädchen“ war Bundeskanzlerin Merkel immerhin schon einige Zeit entwachsen, als sie – offenbar in einem Augenblick der Kurzsichtigkeit – beschloss, sich und das ihr politisch anvertraute Land mit seinen Bürgern und seiner Wirtschaft vom Atomstrom und den in der Japan-Katastrophe noch einmal drastisch erkennbar gewordenen Risiken zu trennen.

Dem Bild einer Bundeskanzlerin mit wägender Mutentfaltung hätte es gutgetan, wenn sie etwas mehr Ruhe bewahrt hätte. Es wäre nicht nötig gewesen, den Versuch zu unternehmen, das ihr aus Bonner Lerntagen sicherlich bekannte rheinische Sprichwort unfreiwillig, aber eindrucksvoll zu bestätigen, das da sagt: „Schnell jedonn und jot jedonn, die künne net zesamme jonn.“ Für Nicht-Rheinländer: Etwas schnell und zugleich gut erledigen – eher unmöglich.

Repräsentativ für die Kritik an der Energiewende ist eine Wertung durch Christoph Schmidt, Präsident des Rheinisch-Westfälischen Instituts für Wirtschaftsforschung in Essen. Er diagnostiziert „ein eklatantes Missverhältnis zwischen dem stark voranschreitenden Ausbau erneuerbarer Energien und dem kaum vorankommenden Ausbau der Stromnetze im Inland“. Mittlerweile werden zusätzlich politische Risiken und Verstimmungen im Bereich der nachbarlichen Beziehungen in Europa erkennbar. Polen wehrt deutschen Windstrom ab. In Tschechien wird erwogen, sich den Polen anzuschließen.

Es ist nun mal so: Schnell ist nicht immer gut. Das gilt für den Versuch einer Euro-Rettung auf der Grundlage der Missachtung eines Vertrages, der das wirtschaftliche Herauspauken von Staaten verbietet; das gilt aber auch für eine Energiepolitik, die angemessenes Wägen mit unangebrachter Hektik verwechselt.

Hans D. Barbier

Transparenz an den Zapfsäulen?

Im Dezember 2012 hat das Bundeskartellamt verbindlich beschlossen, eine sogenannte Markttransparenzstelle für Kraftstoffe einzurichten. Der eigenständige Aufbaustab ist direkt dem Vize-Präsidenten des Bundeskartellamts unterstellt. Andreas Mundt, Präsident des Bundeskartellamts, ist zwar sicher, dass durch die Markttransparenzstelle die Kraftstoffpreise nicht auf Knopfdruck sinken werden. Die Verbraucher seien aber künftig in der Lage, auf der Basis aktueller Informationen flächendeckend über die Preise an umliegenden Tankstellen gezielt die günstigste Zapfsäule anzusteuern. Damit werde nicht nur das eigene Portemonnaie geschont, sondern zudem erhöhe sich auch der Wettbewerbsdruck auf die Tankstellen.

Soweit die Theorie. Die konkrete Ausgestaltung benötigt noch eine Rechtsverordnung. Um Preisdaten, Verarbeitung und Weitergabe an Verbraucher-Informationendienste so reibungslos wie möglich zu gestalten, beschäftigt sich der Aufbaustab zunächst damit, wie das Geplante auch technisch praktikabel umgesetzt werden könnte. Verbraucher-Informationendienste sollen geeignete Programme und Applikationen für Smartphones, Tablets und ähnliche Geräte entwickeln, um den Verbrau-

chern standort- oder routenbezogene Kraftstoffpreise anzuzeigen. Die geeignete IT-Infrastruktur sowie die Definition der erforderlichen Schnittstellen müssen also festgelegt werden.

Um den reibungslosen Regelbetrieb zu gewährleisten, wird der Aufbaustab des Kartellamts dann die Prozesse auf Verfügbarkeit, Stabilität und Sicherheit prüfen. Wann und in welcher Form der digitale Kraftstoffpreis-Vergleich den Verbrauchern zur Verfügung steht, kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht gesagt werden. Nach den aktuellen Erfahrungen mit Startterminen bei staatlich initiierten Projekten könnte das noch ein Weilchen dauern...

<http://goo.gl/k9tLD>

Herkunft bestimmt Lohnhöhe

Ausländer, die neu in den deutschen Arbeitsmarkt eintreten, verdienen zunächst nur 64 Prozent des Durchschnittslohns deutscher Arbeitnehmer; acht Jahre später erreichen sie 72 Prozent des durchschnittlichen Lohnniveaus. Das zeigt eine Studie des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB). Die in der Studie errechneten Lohndifferenzen sind allerdings teilweise dadurch bedingt, dass die deutsche Vergleichsgruppe im Schnitt besser qualifiziert und sechs Jahre älter ist.

Die IAB-Forscher nennen mehrere Gründe, warum Ausländer zum Zeitpunkt ihres Einstiegs in den deutschen Arbeitsmarkt im Schnitt geringere Löhne als der Durchschnitt erhalten: Zum Teil passen die mitgebrachten Qualifikationen nicht. Das ist der Fall, wenn im Herkunftsland andere Arbeitsmittel eingesetzt wurden oder die Arbeitsprozesse anders organisiert waren. Auch Sprachdefizite spielen eine Rolle. Zudem können Migranten zu Beginn schlechter einschätzen, für welche Stellen sie geeignet sind, und bewerben sich zunächst öfter auf Arbeitsplätze, die nicht optimal auf sie zugeschnitten sind. Gleichzeitig ist es auch für Arbeitgeber schwierig, ausländische Qualifikationen zu beurteilen. Die Migranten werden deswegen häufiger an Arbeitsplätzen eingesetzt, die unter ihrem Qualifikationsniveau liegen.

Die Lohnangleichung fällt je nach Herkunftsland unterschiedlich aus. Ausländergruppen wie Ungarn oder Tschechen, die schon zum Zeitpunkt des Eintritts in den deutschen Arbeitsmarkt besser entlohnt werden, verdienen in den folgenden Jahren mehr als Gruppen, die schlechter bezahlt starteten, beispielsweise Zuwanderer aus dem ehemaligen Jugoslawien. Ausländer aus entwickelten Industriestaaten wie Österreich, den Niederlanden oder Großbritannien weichen von dem Muster ab. Ihre Löhne liegen häufig von Anfang an über den Durchschnittslöhnen, weil sie oft als gesuchte Spezialisten nach Deutschland kommen.

<http://goo.gl/DgZmZ>

Förderung nach Plan

Unternehmen A will den Firmen-Fuhrpark modernisieren. Unternehmen B plant, häufiger auf Auslandsmessen präsent zu sein. Unternehmen C schließlich ist entschlossen, ein Filmprojekt zu realisieren. Doch was haben ein Fuhrpark, ein Messebesuch in China und ein Fernsehfilm gemeinsam? Die Antwort: Für alles gibt es Geld aus staatlichen Fördertöpfen.

Nach Experten-Schätzungen gibt es hierzulande bis zu 3 000 Förderprogramme. Zu den Förderern zählen Ministerien, Bezirks- und Stadtregerungen, Forschungszentren und staatliche Förderbanken. Allein die wichtigste deutsche Förderbank, die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), hat für 2011 ein Gesamtfördervolumen von 70,4 Milliarden Euro veröffentlicht. Den Schwerpunkt ihrer Fördertätigkeit bildete „neben der Mittelstandsförderung der Umwelt- und Klimaschutz. Hierfür hat die KfW Gesamtzusagen in Höhe von 22,8 Milliarden Euro gemacht.“ Damit floss im Jahr 2011 nahezu jeder dritte Euro an KfW-Fördermitteln in den Klima- und Umweltschutz.

En vogue: Klima- und Umweltschutz

Klima- und Umweltschutz scheinen also besonders förderwürdig zu sein. Wohl deshalb haben vor allem die großen Automobilkonzerne von Audi über Mercedes bis

Volkswagen Zugang zu den Fördertöpfen. Knapp 7,5 Millionen Euro staatliche Unterstützung erhält beispielsweise der VW-Konzern für die Erprobung seiner Elektroautos. Weitere zehn Millionen bekommt das Unternehmen für „die Entwicklung nutzfahrzeugspezifischer E-Mobilität“, ergo: elektrobetriebene LKW. Gefördert wird mit sechs Millionen Euro außerdem die Erforschung leistungs- und wettbewerbsfähiger Lithium-Ionen-Batterien. Damit die Batterie dann angemessen am Markt platziert werden kann, erhält VW weitere 5,5 Millionen aus den Töpfen des Bundeswirtschaftsministeriums.

Allein zur Entwicklung von E-Autos läppert sich für den VW-Konzern die Summe der öffentlichen Fördermittel auf knapp 60 Millionen Euro. Weitere Finanzmittel aus der Staatskasse erhält das Unternehmen für die Entwicklung der Wasserstoff-Brennstoffzelle und für „urbane Verkehrskonzepte“.

Förderdschungel und Mitnahmeeffekte

Geschätzt rund drei Milliarden Euro gewährt der Staat den Entwicklungsabteilungen deutscher Unternehmen Jahr für Jahr. Eine Förderung zum Nutzen der Gesellschaft? Kritiker haben Zweifel. Im Institut der Deutschen Wirtschaft – das Forschungsinstitut mit Sitz in Köln wird von Verbänden und Unternehmen der privaten Wirtschaft getragen – ist man überzeugt: Häufig hätten Unternehmen ein Projekt in der Schublade, und dann werde gesucht, ob es nicht auch Fördermittel dafür gibt. Ökonomen nennen das „Mitnahmeeffekt“.

Ob das im Sinne einer Marktwirtschaft sein kann? Zudem kommt die Projektförderung in Deutschland eher Großunternehmen zugute. Kleine und mittelständische Unternehmen haben es schwer, überhaupt den Förderdschungel zu durchblicken. Zwar forschen große Unternehmen auch mehr als kleine, sie erhalten aber überproportional mehr Gelder. Und: Der Weltkonzern VW – 144,2 Milliarden Euro Umsatz und ein Gewinn (nach Steuerabzug) nach Steuern von rund 20 Milliarden Euro in den ersten neun Monaten des Jahres 2012 – hat eine eigene Tochterfirma, die das Förderdickicht lichten und sich um

In eigener Sache

Seit rund zehn Jahren landet „Im Klartext“ Monat für Monat in den Briefkästen unserer Abonnenten. Das kann auch weiterhin in der gewohnten Weise geschehen.

Zusätzlich bietet die Stiftung den elektronischen Versandweg für diejenigen an, die künftig auf die Papierfassung des Infobriefs verzichten wollen. Unter info@ludwig-erhard-stiftung.de können sich Interessenten mit dem Betreff „E-Abo Im Klartext“ registrieren lassen.



„Ich freue mich, dass die deutsche Wirtschaft immer innovativer wird und so ihre Wettbewerbsfähigkeit weiter steigern kann.“

Philipp Rösler, Bundesminister für Wirtschaft und Technologie

das Fördermittelmanagement kümmern kann. Kleinen und mittelständischen Unternehmen fehlt diese Möglichkeit zur Vollzeit-Fördersuche.

Eine Auswertung der Förderdatenbank der Bundesregierung belegt: Zehn Dax-Konzerne (Bayer, BASF, BMW, Daimler, E.ON, Infineon, Linde, SAP, Siemens und Volkswagen) haben von 2004 bis 2007 insgesamt 268 Millionen Euro an Fördergeldern erhalten. In den vier Jahren von 2008 bis 2011 waren es 550 Millionen Euro – mehr als doppelt so viel. Wirtschaftsforscher haben dafür eine einfache Erklärung: Die Förderung konzentriert sich stark auf größere Unternehmen, weil große Ministerialbürokratien lieber mit großen Unternehmensbürokratien zusammenarbeiten.

Förderpotenziale – wie entdecken?

Gleich, ob kleines Unternehmen oder Großkonzern: Grundsätzlich stellt sich die Frage, wie viel Wissen über die Materie die Zuständigen haben müssen, um einen Förderantrag beurteilen zu können. Es wird üblicherweise ein Antrag gestellt, dann wird staatlicherseits geprüft und abschließend muss entschieden werden: Wird gefördert oder nicht? Bedenkt man alle Aufwendungen – Anträge und Berichte müssen geschrieben, gelesen, bearbeitet und bewertet werden – was bleibt am Ende des Procédures? Wo wird bestimmt, was „innovativ“ und damit förderwürdig ist?

Nicht ausschließlich in Ministerien, wie in Verlautba-

rungen zu lesen ist. Auf Bundesebene wird die Förderung durch Expertengremien begleitet. Es gibt zum Beispiel die „Expertenkommission Forschung und Innovation“, die jährlich bestimmte Innovationsbereiche in Deutschland betrachtet und dazu Gutachten schreibt, um zu ergründen, was relevante, förderwürdige Bereiche sein könnten. Doch kann dieser Rat aus derzeit sechs Professoren unterschiedlicher Fachbereiche tatsächlich erkennen, welche Forschungsgebiete für die Zukunft wichtig sind?

Innovationen lassen sich nicht vorhersehen, sie richten sich nicht nach den Interessen von Ministerien, Gremien und Kommissionen. Lohnt es sich, überhaupt Anträge zu stellen, wenn die schöpferische Energie hauptsächlich ins Schreiben der Anträge fließt? Entstehen so inspirierte Ideen und überzeugende Produkte? Oder achtet der Antragsteller vorrangig darauf, dass er mit seinem Antrag durch die Mühlen der Bürokratie kommt?

Fördern, was Mode ist

Innovationen kann man nicht programmieren. Programmiert wird anstelle neuer Ideen dann eher, was gerade „in“ ist: während der 1980/90er Jahre alles, was mit Computerchips zu tun hatte; danach galt der Bereich Nanotechnologie als Zukunftsthema, aktuell hat die Elektromobilität für die Bundesregierung einen hohen Stellenwert.

Kritiker sind dagegen überzeugt: Der Staat sollte sich, wenn er denn überhaupt för-

dert, auf Bereiche konzentrieren, in denen der Markt nicht für die notwendige Finanzierung sorgt. Das ist ausschließlich die Grundlagenforschung, also Forschung, die nicht unmittelbar zu Produkten und deren Marktreife führt. Von diesem Grundverständnis hat sich die Politik in den letzten Jahren immer stärker verabschiedet, das Denken in Fördermittelkategorien ist Stand der Dinge in den staatlichen Institutionen. Inzwischen sind sogar im Bundeswirtschaftsministerium mehrere Abteilungen vorrangig damit befasst, Fördermittel bereitzustellen und anzuweisen.

Die „richtige“ Forschungsförderung?

Bürokratisch, willkürlich, ineffizient, so lautet der Vorwurf der Kritiker. Sollte die staatliche Förderung also abgeschafft werden? Viele Mittelständler und Wirtschaftsforscher fordern das, schließlich gebe es ein weitaus besseres Instrument: die steuerliche Forschungsförderung. Eine steuerliche Förderung würde so aussehen, dass Unternehmen Ausgaben und Investitionen für Forschung – Laborkosten, Personalkosten für Forschung und Ähnliches – steuerlich geltend machen können und diese Ausgaben dann privilegiert von den Steuern absetzbar sind.

Zwar setzen Unternehmen auch jetzt schon einen Teil ihrer Forschungsinvestitionen steuerlich ab. Doch Investitionen in Forschung und Entwicklung sind schlechter gestellt als andere Betriebsausgaben, etwa Marketing oder der Fuhrpark. Die steuerliche

Forschungsförderung, so die Hoffnung, würde das umkehren. Damit könnte jedes forschende Unternehmen profitieren – egal ob klein oder groß. Neu ist das Konzept keineswegs, bis auf Deutschland und die skandinavischen Länder setzen die übrigen EU-Mitglieder vorrangig auf steuerliche Forschungsförderung. In Deutschland ist der Umstieg zurzeit nicht geplant.

In Deutschland wird also vermutlich auch in den nächsten Jahren versucht werden, in staatlichen Gremien und Großunternehmen Innovationen und Erfindergeist zu konzipieren. Dazu wird wohl noch manche Steuermilliarde vergeben werden, zum Beispiel in die Automobilindustrie. Dort wird mithilfe des Staates nicht nur an Elektrofahrzeugen geforscht. Seit drei Jahrzehnten fließen auch Steuergelder in die Entwicklung eines Wasserstoff-Autos. Serientaugliche Fahrzeuge sind trotzdem auch heute noch nicht auf den Straßen unterwegs.

Trotzdem laufen die Subventionen weiter. Inzwischen wird bei Konzernen wie Daimler, Ford oder Linde sogar die Öffentlichkeitsarbeit für Brennstoffzellen staatlich gefördert. Mit dem Geld der Steuerzahler wird also dafür geworben, dass es weiterhin öffentliche Hilfen für Brennstoffzellen-Autos gibt. Überspitzt: Subventionen werden gegeben, um die weitere Subventionsvergabe zu begründen. Das erscheint nicht nur auf den ersten Blick zweifelhaft.

Andreas Schirmer



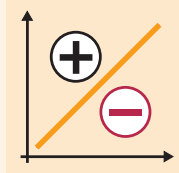
„Überall in Europa haben die Schulden enorm zugenommen, die heute in allen großen Staaten als drückend empfunden und auf die Dauer vermutlich zum Ruin führen werden.“

Adam Smith, schottischer Moralphilosoph und Ökonom

IM KLARTEXT

Januar 2013

INDEX



Die Soziale Marktwirtschaft im Januar 2013

Ludwig Erhard hat mit der Sozialen Marktwirtschaft eine Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung realisiert, in der jeder die Chance hat, seine Lebensumstände in eigener Verantwortung zu gestalten. Wie es um die Soziale Marktwirtschaft heute steht, lässt sich nicht mit wenigen Worten sagen. Die Ludwig-Erhard-Stiftung möchte dennoch eine komprimierte Beurteilung vornehmen. Sie beleuchtet Monat für Monat einen besonderen Aspekt der Grundziele, die sich aus dem Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft ergeben: Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Eigenverantwortung.

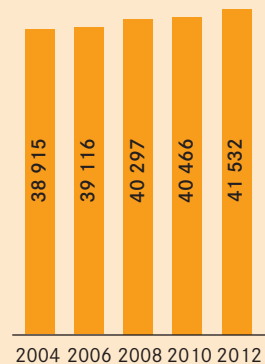
Vollbeschäftigung ⊕
2012 waren durchschnittlich rund 41,5 Millionen Personen mit Wohnort in Deutschland erwerbstätig. Das waren rund 416 000 mehr als im Jahr zuvor. Nach vorläufigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes erreichte die Zahl der Erwerbstätigen damit im sechsten Jahr in Folge einen neuen Höchststand. Seit 2005 sei die Zahl der Erwerbstätigen um insgesamt 2,7 Millionen Personen gestiegen.

Von der Entwicklung profitierten insbesondere sozialversicherungspflichtig Be-

schäftigte. Insgesamt wuchs die Zahl aller Arbeitnehmer mit Wohnort in Deutschland im Jahresdurchschnitt um 410 000 auf rund 37 Millionen. Die Zahl der Selbständigen einschließlich mithelfender Familienangehöriger stieg in diesem Zeitraum um 6 000 Personen auf knapp 4,6 Millionen. Zu beachten ist: Nicht jeder Arbeitnehmer ist zugleich sozialversicherungspflichtig Beschäftigter: Ein-Euro-Jobber, Beamte oder Praktikanten zählen zum Beispiel nicht zu diesem Personenkreis.

Erwerbstätige

in Tausend*



2004 2006 2008 2010 2012

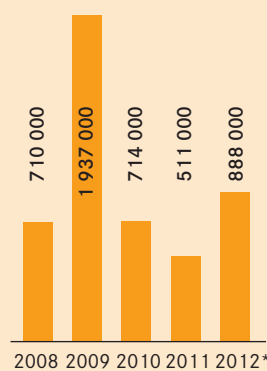
* mit Wohnort in Deutschland
Quelle: Statistisches Bundesamt

Eigenverantwortung ⊖
Die europäische Krise macht sich auch bei den Insolvenzen bemerkbar. Der Rückgang fiel bei den deutschen Unternehmen 2012 nicht mehr so stark aus wie in den beiden Vorjahren: Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen sank 2012 den Schätzungen von Creditreform zufolge auf 29 500. Gegenüber 2011 (30 120) entspricht dies einem Rückgang von zwei Prozent.

Die geschätzten Insolvenzschäden für 2012 könnten für

Insolvenzen

Schaden je Insolvenzfall in Euro



* Schätzung
Quelle: Creditreform

den Fall, dass sich alle Schuldner als zahlungsunfähig erweisen, rund 38,5 Milliarden Euro betragen. Das sind 17 Milliarden Euro mehr als im Erhebungszeitraum 2011 (21,5 Milliarden Euro). 26,2 Milliarden Euro gehen zulasten privater oder gewerblicher Gläubiger, während die öffentliche Hand im ungünstigsten Fall bis zu 12,3 Milliarden Euro abschreiben kann. Die durchschnittliche Schadenssumme je Insolvenzfall stieg im Jahr 2012 auf 888 000 Euro.

Geldwertstabilität

⊕⊖
Die Zinsen sind niedriger denn je: Für Sparbücher beträgt die Verzinsung durchschnittlich ein halbes Prozent. Langlaufende Bundesanleihen (30 Jahre) weisen derzeit eine durchschnittliche Rendite von 2,2 Prozent aus. Bei der aktuellen Inflationsrate von rund zwei Prozent reicht das kaum, um das Ersparte zu erhalten. Immerhin gibt es noch die Abgeltungssteuer, die grundsätzlich für alle Kapitalerträge über den Freibeträgen erhoben wird.

Die meisten Sparer können sich laut einer Umfrage des Bankenverbandes nicht vorstellen, bei künftigen Geldanlagen ein höheres Risiko einzugehen, um gegebenenfalls höhere Renditen zu erzielen.

Renditen

Durchschnittliche Erträge

Sparbuch	0,5 %
10-jährige Bundesanleihe	1,4 %
Sparbrief (4 Jahre Laufzeit)	1,5 %
30-jährige Bundesanleihe	2,2 %
Unternehmensanleihen	3,5 %
Aktien (DAX-Unternehmen)	3,5 %

Quelle: Bundesverband deutscher Banken

Impressum:

Herausgeber: Ludwig-Erhard-Stiftung · Johanniterstraße 8 · 53113 Bonn

Telefon 0228 / 5 39 88-0 · Telefax 0228 / 5 39 88-49

Redaktion: Andreas Schirmer · Fotos: picture-alliance/maxppp (innen); REGIERUNGonline/Chaperon

Druck und Herstellung: Druckerei Engelhardt GmbH, Neunkirchen

erscheint monatlich · www.ludwig-erhard-stiftung.de

Ludwig Erhard